

1. Karlsruher Bildungsgespräch

Zusammenfassender Bericht

Ralf Stieber

Zum „1. Karlsruher Bildungsgespräch“ hatte die Evangelische Landeskirche in Baden am 11. Juli 2003 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichsten Bereichen der Erziehung und Bildung eingeladen. Das von Professor Dr. Hartmut RUPP, Direktor des Religionspädagogischen Instituts (RPI) Karlsruhe,¹ Kirchenrat Helmut STRACK (Leiter der Landesstelle für Erwachsenenbildung und Evangelische Akademie Baden) und Landesjugendreferent Michael CARES vom Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit moderierte Gespräch war in drei Teile gegliedert:

- I. Bildung und Elite,
- II. Bildung, Freiheit und Autonomie
- III. Bildung und Nutzen.

Oberkirchenrat Dr. Michael TRENSKY (Karlsruhe), Referent für „Erziehung und Bildung in Schule und Gemeinde“ in der Evangelischen Landeskirche in Baden, wies in seiner Begrüßung auf die lange protestantische Tradition in Sachen Bildung hin. Er hob hervor, dass die Kirchen sich in der gegenwärtigen Bildungsdiskussion „gegen eine Verengung und Verzweckung der Bildung“ zu Wort gemeldet hätten. TRENSKY empfahl insbesondere die 2003 veröffentlichte EKD-Denkschrift „Maße des Menschlichen – Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“² zur Lektüre. Er bezeichnete es als positives Signal, dass immer mehr Menschen erkennen würden, dass lebenslange Bildung das große Thema sei, wenn es um die Zukunft unserer Gesellschaft geht.

¹ Ausführliche Titel und Funktionen der Teilnehmenden am Karlsruher Bildungsgespräch werden hier nur bei der ersten Erwähnung genannt.

² EKD (Hg.), „Maße des Menschlichen – Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“, Hannover 2003

I. Bildung und Elite

Statement von Petra Bahr „Welche Eliten brauchen wir?“³

Dr. Petra BAHR, Studienleiterin an der Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), forderte in ihrem Statement eine umfassendere Diskussion des Elitebegriffs. Eliten seien notwendig als Vorbilder für Konzepte gelingenden Lebens in unserer Gesellschaft. Dringend geboten sei ein „qualifizierter Elitebegriff“, der über das Konzept einer „Ich-AG höherer Ordnung“ hinausgehe. BAHR sagte:

„Wir brauchen eine Elite, der die nachhaltige Bewahrung der natürlichen Ressourcen, der Generationenvertrag, der soziale Ausgleich, die Würde der Schwachen, das Einstehen für Gerechtigkeit und die Sicherung demokratischer Strukturen keine Charity-Aufgabe nach getaner Arbeit ist.“⁴

Diese zukünftige Bildungselite kümmere sich nicht nur um ihren eigenen Vorteil, sondern verstehe sich als „Elite für andere“. Sie bräuchte auch einen Sinn für letzte Fragen. Die Kirchen seien gefragt, die gesellschaftliche Elite daraufhin in angemessener Weise anzusprechen.

Reaktion auf Petra Bahr von Tom Høyem: „Eliten als Teil der Welt“⁵

Tom HØYEM, Direktor der Europäischen Schule Karlsruhe, bezeichnete die Fähigkeit, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und die Entwicklung „emotionaler Intelligenz“ als wichtigen Unterschied zwischen Eliten und Nicht-Eliten. Soziale Verantwortung zeigen zu können sei ebenso wichtig wie gute Leistungen in Mathematik. HØYEM kritisiert in diesem Kontext das deutsche Bildungssystem, in dem nach vier Jahren Grundschule entschieden werde, ob Schüler ans Gymnasium geschickt werden oder nicht. Mehr als bisher sollte über eine Schule ohne Noten, Zertifikate und Beurteilungen nachgedacht werden.

³ Vgl. den Beitrag von Petra BAHR, *Welche Eliten brauchen wir?*, in: Helmut STRACK (Hg.): *Bildung. Beiträge zum 1. Karlsruher Bildungsgespräch*, Karlsruhe 2004, S. 7-13.

⁴ A. a. O., S. 12.

⁵ Tom HØYEM, *Eliten als Teil der Welt*, in: STRACK (Hg.): *Bildung*, S. 14-17.

Weitere Diskussion zum Thema

Eckhart MARGGRAF (Karlsruhe), Vorsitzender des Verbands Europäischer Religionslehrer, wies darauf hin, dass die Debatte um Eliten in Deutschland durch die Ständegesellschaft diskreditiert wurde und anders als in Frankreich nicht im demokratischen Staat verwurzelt sei. Er erinnerte daran, dass das protestantische Pfarrhaus einmal ein Ort der Elitebildung gewesen sei, das protestantische Profil orientiere sich heute aber mehr an den Schwachen und der „Gerechtigkeit im Bildungsbereich“.

Oberkirchenrat Dr. Michael NÜCHTERN (Karlsruhe), zuständig für das Referat „Verkündigung, Gemeinde und Gesellschaft“ in der Evangelischen Landeskirche in Baden, sagte, dass der Elitebegriff in der Gesellschaft inzwischen höchst akzeptiert sei. BAHRS Elitebegriff lasse sich auch als ein modisches Kleid für Formen verantwortlicher protestantischer Bildung verstehen.

Hildegard KLENK (Mannheim) von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hielt die Stärkung von Verantwortungseliten in unserer Gesellschaft für nötig. Sie erlebe, dass diejenigen, die eigentlich hierzulande Verantwortung tragen sollten, diese zurzeit gerne abschüttelten. Damit Verantwortungseliten entstehen könnten, seien im Erziehungsprozess frühzeitig Weichen in diese Richtung zu stellen. Wichtig wäre u. a. die „Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Lebenswirklichkeiten“, förderlich erscheine auch eine längere gemeinsame Grundschulzeit.

Eike BRÜGGEMANN, zuständig für die Aus- und Weiterbildung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Karlsruhe, forderte eine Aufweichung der Trennlinie zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Er sprach sich zugleich dafür aus, in Deutschland mehr für die Schwachen und die Elitebildung zu tun.

Paul DROLL, Oberstudiendirektor des Gymnasiums Achern, begrüßte es, dass auch in Deutschland über Eliten geredet werden dürfe. Es sei nötig, selbstverständliche Begegnungsräume zur Förderung von Eliten zu schaffen. Er bedauerte, dass Funktionseliten Deutschland prägten, die allzu sehr für sich persönlich sorgten und denen es an Verantwortung für andere fehle.

Dr. Peter MÜLLER, Professor für Evangelische Theologie an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe, betonte, dass die Frage nach den Schwachen umso nötiger wird, je mehr von Eliten die Rede sei.

Dr. Christoph SCHNEIDER-HAPPRECHT, Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit, Diakonie und Religionspädagogik, sagte, es müsse geklärt werden, was es für junge Leute attraktiv macht, zu einer Elite protestantischer Prägung zu gehören. Die Ziele der bisherigen Eliten seien meist ökonomischer Art gewesen.

Caroline HANDTMANN (Karlsruhe), Grundschullehrerin und Mitglied der Evangelischen Pfadfinder, hoffte, dass sich das Schulsystem in Zukunft verändert, damit Bildung im Sinne von Persönlichkeitsentwicklung und Wertevermittlung über den Lehrplan hinaus vermittelt werden kann. Sie beschrieb es als Dilemma, Noten geben und Arbeiten schreiben zu müssen, damit Menschen in vier Jahren Grundschule für ihren schulischen Fortgang selektiert werden können. Dabei gehe das Menschliche verloren.

Dr. Barbara BURCKHARD-REICHEL (Pforzheim), Vertreterin des Landeselternverbandes, nannte die frühe Selektion an Grundschulen einen Teufelskreis für Lehrer und Eltern. Die zu frühe Selektion verhindere die Auswahl der von Bahr beschriebenen Eliten. Bei der Erstellung von Lehrplänen dürfe die Persönlichkeitsbildung nicht nur ein Leitsatz sein, dafür sollten sich auch die Kirchen stark machen.

Attila EGINOS, Ausländerbeauftragter der Stadt Karlsruhe, beklagte das Fehlen einer Verantwortungselite, die „an alle Schäfchen denkt, auch an die Schwachen“. Allzu sehr würden im Bildungsbereich falsche Bilder von Wirklichkeit vorherrschen (intakte Familien, nur Deutsche, keine Ausländer usw.). Bei der Diskussion von Werten sollte auch bedacht werden, dass es neben den christlichen Wertvorstellungen inzwischen auch muslimische gibt. Es gelte die Barrieren in unseren Köpfen zu kappen, sonst seien die hehren Bildungsziele nicht zu erreichen.

Bernhard SEREXHE, Leiter der Abteilung Museumskommunikation am Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM), warnte vor einem falschen Elitebegriff, der auf Selektion beruht (nach dem Vorbild Frankreich). Elite sei ein hoch belasteter Begriff, notwendig seien Menschen, nicht Eliten.

II. Bildung, Freiheit und Autonomie

Statement von Peter Müller „Bildung, Freiheit und Autonomie“⁶

Prof. Dr. Peter MÜLLER erinnerte daran, dass jedem Bildungsbegriff ein bestimmtes Menschenbild zu Grunde liege. Es müsse immer benannt werden, gerade dann, wenn etwa von Autonomie und Freiheit in der Bildung die Rede sei. Bildung sei nach den Worten MÜLLERS undenkbar „ohne Spiel- und Freiheitsräume“. Dabei dürfe Freiheit nicht nur als Freiheit von Bevormundung, sondern „als Freiheit zu eigener Stellungnahme und eigenem Handeln“ verstanden werden. MÜLLER unterstrich, dass es sich auf Dauer keine Gesellschaft leisten könne, die wirtschaftlichen Bedingungen von Bildung außer Acht zu lassen. Wenn aber Bildung überwiegend als „Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und soziales Ansehen“ verstanden werde, verliere sie „wesentliche Elemente ihrer selbst, nicht zuletzt die Fähigkeit zu kritischer Distanz“. Bildung müsse in erster Linie „den Menschen als Individuum und Gemeinwesen“ im Blick haben, nicht Institutionen und Bildungswege unter ökonomischen Gesichtspunkten.

*Reaktion auf Peter Müller von Bernhard Serexhe
„Autonomie der Bildung?“⁷*

Bernhard SEREXHE pflichtete den Ausführungen MÜLLERS in den wesentlichen Punkten bei. Er hob hervor, wie wichtig es sei, Bildung in den Kontext von Freiheit und Autonomie zu stellen, da der Bildungsbegriff zu allen Zeiten von Machthabern und politischen Systemen für deren eigene Zwecke missbraucht worden sei. Dabei werde Freiheit selbst jeweils nach der Bildung definiert, die man in der jeweiligen Gesellschaft genießen kann. Für SEREXHE ist es aber ein Warnsignal, wenn mit der fortschreitenden Liberalisierung alle Lebensäußerungen dem wirtschaftlichen Wettbewerb unterworfen werden. Mit der Privatisierung des Bildungssektors lasse sich ein zukunftssicherer Milliardenmarkt erschließen: Das auf Freiheit und Autonomie aufgebaute Bildungsideal werde damit aufgegeben. Ergänzend nahm SEREXHE Stellung zu medienökonomischen Entwicklungen. Statt

⁶ Vgl. den Beitrag von Peter MÜLLER, Bildung, Freiheit und Autonomie, in: STRACK (Hg.): Bildung, S. 18-34.

⁷ Vgl. den Beitrag von Bernhard SEREXHE, Autonomie der Bildung? Die medienökonomische Entwicklung, in: STRACK (Hg.): Bildung, S. 41-46.

einer Wissensgesellschaft sei in den vergangenen Jahren eine Unterhaltungsgesellschaft aufgebaut worden. Dabei entferne uns die schöne neue Medienwelt immer weiter von der Wirklichkeit des menschlichen Zusammenlebens. Die Bildungsdiskussion hinke dieser rasanten Entwicklung des industriell-medialen Komplexes hinterher. Die öffentlich finanzierten Bildungsinstitutionen müssten schnellstens Anschluss an die gesellschaftliche Realität finden sonst werden sie im Bereich der Bildung ihre Legitimation an die Privatwirtschaft verlieren. Mit der Profitorientierung würde aber ein nicht mehr rückgängig zu machender Verlust im gesamten Bildungssektor entstehen.

Reaktion auf Peter Müller von Claus Günzler

„Reflexivität als Grundbedingung der modernen Gesellschaft“⁸

Claus GÜNZLER, em. Professor für Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe, betonte in seiner Reaktion, dass die wünschenswerte Straffung von Schullaufbahnen und Studiengängen unsere Gesellschaft nur dann zukunftsfähig macht, wenn zugleich die reflexive Dimension nicht zugunsten des Fachwissens preisgegeben wird. Die moderne Gesellschaft sei auf Reflexivität angewiesen und müsse immer neu darüber nachdenken, welchen Weg sie gehen wolle. Sie könne solche Grundsatzentscheidungen nicht allein mit Fachwissen beantworten. GÜNZLER lehnte (1) einen zu kurzichtigen Kompetenzbegriff ab. Die Erschließung komplexer Sachverhalte benötige langatmige Linien statt kurzatmiger Übungsschritte. Volkswirtschaftlich sei es eher lohnend, in selbst denkende Leistungsträger zu investieren als in schnell brauchbare Kompetenzbesitzer. GÜNZLER schlug (2) vor, die gesamte Schullaufbahn mit einer elementaren Erkenntnislehre zu begleiten, die dazu anregt, die Welt der virtuellen Scheinstrukturen vom realen Leben zu unterscheiden. Auf diesem werde der Mut zum eigenen Urteil gefördert. GÜNZLER sprach sich (3) für die Förderung einer Individualethik im Schulalltag aus. Damit könne der Tendenz entgegengesteuert werden, dass das Gespür für soziale Verbindlichkeiten verloren gehe zugunsten einer Welt des virtuellen Scheins, in der das reale Leben immer weniger wahrgenommen werde.

⁸ Vgl. den Beitrag von Claus GÜNZLER, Reflexivität als Grundbedingung der modernen Gesellschaft, in: STRACK (Hg.): Bildung, S. 35-40.

Weitere Diskussion zum Thema

Rudolf KAPPLER, Konrektor der Drais-Realschule (Karlsruhe), kritisierte, dass die Schule in ihrer täglichen Praxis weit entfernt von den Ideen erscheine, die im Bildungsgespräch theoretisch dargestellt worden seien. Alltag an den Schulen heute sei, dass wir immer mehr Kinder mit Störungen und Verhaltensauffälligkeiten erleben. KAPPLER wünschte sich eine bessere Annäherung dieser Lebenswirklichkeiten.

Dr. Dieter KARCH, Professor an der Klinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie (Maulbronn) wies darauf hin, dass die Eltern in ihren Vorstellungen, wie man mit Kindern umgeht, immer unsicherer würden. Die Zahl klinischer Befunde nehme zu.

Dr. Barbara BURKHARDT-REICH hob hervor, dass man sich der Lebenswirklichkeit von Schülern weniger „annähern“ als „stellen“ sollte. Bei scheinbar nicht beschulbaren Kindern solle man sich mehr Gedanken um Integration machen als sie zu selektieren. Sinnvoll wäre es, vom Kindergarten an Elternabende inhaltlich zu gestalten, damit Eltern Ansprechpartnern für ihre Erziehungsarbeit finden. In einer pluralistischen Gesellschaft müsse zudem geklärt werden, was die Schule von den Schülern (und Eltern) erwartet.

Paul DROLL sprach von der Not der Eltern, aber auch der Lehrer, nicht zu wissen, „was sein soll“. Mehr denn je sollten zwischen Schule und Eltern Erziehungsvereinbarungen getroffen werden. Die Alternative dazu sei die Selektion (als bequemer Weg: das Kind ist krank, gehört nicht hierher). DROLL erinnerte an die Aufgabe der Schulen Unterricht mit denen, die da sind, nicht mit denen, die gewünscht werden. Er sprach auch von falsch konstruierten Bildern von Wirklichkeit: der Alltag sehe heute häufig anders aus als das überkommene Bild von der Mutter zu Hause, die stets Zeit für Kind und Familie habe.

Attila ERGINOS plädierte für Hilfen im Schul-Alltag für die, die Förderung brauchen. Eine Säule sei dabei die Elternarbeit (Einzelgespräche mit Eltern, Elternstammtisch, Seminare). Die Eltern gelte es dort abzuholen, wo sie stehen und so zum Dialog zu zwingen. Die zweite Säule sei die Schule selbst: auch die Lehrer müssten bereit sein, mehr für sozial Schwache zu leisten und Kindern Begleitung anzubieten.

Bernhard SEREXHE hob die allgemeingesellschaftliche Problematik hervor, die sich auf Schulen, Kinder und Eltern niederschlägt: Für eine kranke Gesellschaft gebe es keine Heilung.

Dekan Günter EITENMÜLLER (Mannheim), Vorsitzender des Bildungs- und Diakonieausschusses der Landessynode, griff den Aspekt auf, dass wir uns abgewöhnt haben, gesellschaftskritisch zu denken. Der Einfluss von Eltern und Schule sei geschwunden gegenüber den medialen Welten. Diese müsse auch politisch bewertet werden. Skeptisch äußerte sich EITENMÜLLER zur vermeintlichen pluralistischen Welt. Was uns präge, sei häufig viel eindeutiger, als wir meinten.

Helmut STRACK sprach von einem Aufeinanderprallen von Bildungsanspruch und Bildungs- und Gesellschaftswirklichkeit. Zu fragen sei, was virtuelle Welten so attraktiv mache, sie dienten offenbar als Fluchtwelten. Die Partizipationsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft seien indessen begrenzt, die Ökonomisierung der Gesellschaft verhindere entsprechende Spielräume.

Hildegard KLENK wünschte sich eine Entwicklung weg vom „Verwaltungsbetrieb Schule“, Bildung bedeute nicht nur Vermittlung von Wissen. Sie forderte zudem ein breites Angebot zu geben zur Unterstützung von Eltern und Lehrern in Erziehungs- und Bildungsfragen.

Eckhardt MARGGRAF sagte, dass Defizite des Bildungssystems am Beispiel Schule deutlich würden. Die Schule genüge nicht unseren Ansprüchen und werde den veränderten Wirklichkeiten nicht gerecht. Nötig sei eine Schule der Gesellschaft anstelle einer Anstaltsschule. Es gelte sich auf die Suche zu machen nach angemessenen Beschreibungen von Wirklichkeit, Schule müsse auch gesellschafts-, nicht nur bildungspolitisch diskutiert werden.

Prof. Dr. Dieter KARCH machte auf die Problematik der Vorgeschichte von Erziehungsstörungen vor der Schule aufmerksam. Die Freiheit der Kinder und die Grenzen der Eltern würden nicht mehr adäquat vermittelt, viele Eltern hätten Probleme, ihren Kindern Grenzen zu setzen.

KARCH unterstrich, dass sich die soziale Situation heute völlig verändert hätte, aber auch die finanziellen Möglichkeiten vieler Eltern. Bei Erziehungsproblemen und auffälligen Kindern seien komplexe Systeme in unendlich verschiedenen verfahrenen Situationen wirksam. Hilfe sollte Kindern aber besser in den Schulen statt in Krankenhäusern geleistet werden.

Prof. Dr. Christoph SCHNEIDER-HAPPRECHT wehrte sich dagegen, dass die virtuelle Welt im Bildungsgespräch so schlecht wegkomme. Auch virtuelle Welten könnten gut zum Lernen beitragen. Die Gegenüberstellung von virtuellen und realen Welten funktioniere nicht wirklich. Auch sei eine wohl-dosierte Ökonomisierung von Bildung durchaus förderlich.

Prof. Dr. Claus GÜNZLER hob hervor, dass wir uns neu darauf verständigen müssten, was wir mehrheitlich in dieser Gesellschaft wollen. Die Verständigung auf diese sekundären Konstrukte (in Relation zu den primären Gegebenheiten von Welt) sei früher einfach anerkannt worden. Mit der Individualisierung gebe es heute nur noch Erwartungshaltungen.

Bernhard SEREXHE schlug vor, sich an die Politiker zu wenden für mehr Ressourcen im Bildungsbereich, statt die Bildung weiter zu beschneiden.

III. Bildung und Nutzen

Statement von Jürgen Rekus „Bildung und Nutzen“⁹

Im Blick auf die Schulen sagte Dr. Jürgen REKUS, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Karlsruhe, dass Wirtschaftlichkeitsargumente kein alleiniges Recht auf die Gestaltung der Schule hätten. Sie würden aber dazu beitragen, die grundlegende Aufgabe von Schule, „allen alles zu lernen“, neu in den Blick zu nehmen. In Zukunft gehe es nicht mehr darum, „eine standesgemäße Ausbildung zu erhalten, die an der Berufs- und Arbeitswelt der Heimatregion orientiert ist“. Zeitgemäß sei es, eine Bildung zu vermitteln, „die offen ist für die wechselnden Anforderungen der pluralen Welt“. Bildung, so REKUS, müsse aber auch darauf achten, dass Menschen „in den Offenheiten der Welt nicht orientierungslos werden“. Das bedeute, die unterschiedlichen Lebenswelten einer Gesellschaft bei der zukünftigen Gestaltung der Schule angemessen zu berücksichtigen. Neben der Wirtschaft müssten auch Politik, Ästhetik, Ethik, Pädagogik und nicht zuletzt Religion als Akteure gefragt werden.

⁹ Vgl. den Beitrag von Jürgen REKUS, Bildung und Nutzen, in: STRACK (Hg.): Bildung, S. 47-58.

Reaktion auf Jürgen Rekus von Walter Schäfer

Walter SCHÄFER, Leiter der Abteilung Berufsbildung an der Handwerkskammer Karlsruhe, bezeichnete die ökonomischen Theorien als kaum tauglich für eine Bildungstheorie. Schlagworte wie Autonomie seien aber durchaus hilfreich für die Analyse und Entwicklung von Bildung. So könne mehr Schulautonomie elementar zur Entfaltung eigener Kräfte gegen bürokratische Strukturen beitragen. Auch Qualitätssicherung sei ein schwieriger Begriff, für die Diskussion über Qualitätsstandards sei er gerade nach PISA fruchtbar. So müsse die Reproduktion sozialer Ungerechtigkeit (vgl. mangelnde Lesekompetenz) über entsprechende Standards angegangen werden. Evaluation führe möglicherweise zu Rankings, die missbraucht werden können, Evaluation bedeute aber auch Wertschätzung: Geleistetes wird bewertet, nur so könne man auch Verbesserungen angehen. In Sachen leistungsbezogener Finanzierung seien Bildungsgutscheine wohl nicht das sinnvolle Modell. Eine qualitative gerechtere Leistungsbeurteilung ermögliche es aber, dass auch Schulen an sozialen Brennpunkten mehr Geld für ihre Arbeit bekommen. SCHÄFER unterstrich, dass staatliche bürokratische Steuerung der Marktsteuerung nicht von vornherein unterlegen sein muss. PISA zeige, dass unser Schulsystem defizitär sei; es könne daher Sinn machen, die Strukturen zu diskutieren um besser Ausgaben im Bildungssystem platzieren zu können. Die PISA-Befunde zeigten, dass wir Veränderung brauchen.

Reaktion auf Jürgen Rekus von Paul Droll

Paul DROLL wandte sich gegen die Gefahr, Bildung von der Warte der arroganten Selbstgenügsamkeit gegen eine eher abgewertete Ökonomie auszuspielen. Dies würde aber der Welt nicht gerecht, auf die Schüler vorbereitet werden sollen. Anstelle die Ökonomie als Gegner anzusehen, sollte die latent stets vorhandene Verzweckung von Schulung transparent gemacht werden. Kritik an Maßstäben der Evaluation hielt DROLL für lebensfremd: Evaluation sei ständig nötig zur Bildung von Maßstäben. Dabei sei nicht das, was, sondern wie evaluiert wird die Frage. Sein und Haben gehören für DROLL zusammen: Nutzen gelte es in seiner „seinshafte Bedeutung“ wahrzunehmen und ihm einen angemessenen Platz zuzuweisen. Die Erziehung in der Verantwortung sei das eine und erste, die Organisation der täglichen Arbeit und deren Notwendigkeiten das andere.

Weitere Diskussion zum Thema

Eike BRÜGGEMANN betonte, dass nicht alle Schulen privatisiert werden sollten, aber ein Wettbewerb unter Schulen könnte der Qualitätsförderung dienen. Er erinnerte daran, dass Schule und Wirtschaft schon beim Markgraf von Baden ein Bündnis eingegangen seien: er gab schon 1835 den Startschuss für Sonntagsschulen (die durchaus den ökonomischen Interessen dienten).

Eckhart MARGGRAF gab zu bedenken, dass der ursprüngliche Autonomiegedanke sich gegen die Verrechtlichung der Schule gestellt hatte, er sei nicht im Sinne von Ökonomisierung gemeint gewesen. MARGGRAF warnte vor einem utilitaristischen Denken: die Letztbegründungen von Bildung müssten von anderer Seite als von der Ökonomie kommen.

Hildegard KLENK bedauerte, dass die Sparmaßnahmen die Diskussion behinderten. Evaluation sei wichtig, die eigene Arbeit müsse durchaus auf den Prüfstand gestellt werden, wobei offen sei, ob die jeweilige Leistung politisch gewünscht sei.

Michael CARES wandte sich dagegen, die Diskussion auf Bildung versus Ökonomie zu verkürzen. Als weiterer Akteur sei die Politik mit ihrem enormen Handlungs- und Veränderungswillen zu sehen (teilweise mit reiner Nutzenorientierung). Das „Übernützliche“ komme bei solchen Bestrebungen zu kurz.

Dr. Barbara BURKHARDT-REICH gab zu bedenken, dass unterschieden werden müsse zwischen einem Einmischen von Wirtschaft in den Bildungsbereich und dem, was wir (begrifflich) von der Wirtschaft lernen können. Es gelte Schüler auf die Arbeitswelt der Zukunft vorzubereiten. Ziel dürfe nicht die reine Nutzenecke sein, sondern das Bestreben, positive Veränderungen an den Schulen voranzubringen.

Prof. Dr. Jürgen REKUS vertrat ergänzend zu seinem Statement die Auffassung, dass die von PISA diagnostizierte soziale Schere im Bildungsbereich nicht eine Begründung von Wettbewerb sein könne, das Problem könne nur durch öffentliche Gelder kompensiert werden. Der Staat habe eine Fürsorgepflicht: „Bildung ist Bürgerrecht, kein Wirtschaftsgut“, betonte REKUS.

Fazit

Dr. Michael NÜCHTERN bezeichnete in seinem Abschlussstatement das „1. Karlsruher Bildungsgespräch“ als erfolgreich, da es zu wechselseitigen Grenzüberschreitungen bei der Wahrnehmung von Bildung beigetragen habe. Entstanden sei ein „lebendiges Netz“ von Erfahrungen und kritischer Auseinandersetzung mit Deutungen und Bildern von Bildung. Das Gespräch soll fortgesetzt werden.